

Aus:

SABINE HESS, JANA BINDER, JOHANNES MOSER (HG.)

No integration?!

Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte
in Europa

April 2009, 246 Seiten, kart., 24,80 €, ISBN 978-3-89942-890-2

Integration wurde in den letzten Jahren auch in Deutschland zum zentralen Schlagwort in der Migrationsdebatte. Während das Konzept einerseits positiv »Teilhabe« verspricht, fungiert es in der deutschen Migrationspolitik potentiell als Exklusionsmechanismus. Dieses Buch nimmt aus Perspektiven der Politik, Wissenschaft, Kunst und des Aktivismus das Integrationsparadigma kritisch unter die Lupe. Entgegen der öffentlichen Integrationsforderung an hier lebende Migranten nehmen die Beiträge die Perspektive der Migration ein und loten in verschiedenen Praxisfeldern aus, was dies hinsichtlich politischer und wissenschaftlicher Konzepte in einem Europa der Migration bedeutet.

Sabine Hess (Dr. phil.) arbeitet als Hochschulassistentin am Institut für Volkskunde/ Europäische Ethnologie in München.

Jana Binder (Dr. phil.) ist Kulturanthropologin und arbeitet am Goethe-Institut in Buenos Aires.

Johannes Moser (Dr. phil.) ist Professor für Volkskunde und Europäische Ethnologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/ts890/ts890.php

Inhalt

EINLEITUNGEN

**Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche
Betrachtungen einer Debatte** 11
SABINE HESS UND JOHANNES MOSER

**Theater als Parallelgesellschaft? Über das
Verhältnis von Theater und Migration** 27
BJÖRN BICKER

KRISEN DES MULTIKULTURALISMUS

Nationale Multikulturalismen. Bezugsprobleme und Effekte 37
FRANK-OLAF RADTKE

**The White German's Burden. Multikulturalismus
und Migrationpolitik aus postkolonialer Perspektive** 51
KIEN NGHI HA

**Der unregierbare Muslim. Jenseits der
Bipolarität von Multikultur und Assimilation** 73
GHASSAN HAGE

LOGIKEN DES INTEGRATIONSPARADIGMAS

**Paranoic Integrationism. Die Integrationsformel
als unmöglicher (Klassen-)Kompromiss** 95
SERHAT KARAKAYALI

In unternehmerische Subjekte investieren. Integrationskonzepte im <i>Workfare</i>-Staat. Das Beispiel Berlin	105
STEPHAN LANZ	
»... und deutsch ist wichtig für die Sicherheit!« Eine kleine Genealogie des Spracherwerbs Deutsch in der BRD	123
BIRGIT ZUR NIEDEN	
Panische Räume. Das Ghetto und die »Parallelgesellschaft«	137
KLAUS RONNEBERGER UND VASSILIS TSIANOS	
Was heißt hier Parallelgesellschaft? Von der hegemonialen Normalität zu den Niederungen des Alltags	153
EROL YILDIZ	
ANTI-ISLAMISMUS ALS NEUE FORM DES RASSISMUS	
Es geht nicht um einen Dialog. Integrationsgipfel, Islamkonferenz und Anti-Islamismus	171
WERNER SCHIFFAUER UND MANUELA BOJADZIJEV IM GESPRÄCH	
In der Falle einer Politik des Ressentiments. Feminismus und die Integrationsdebatte	187
ESRA ERDEM	
EUROPÄISCHE AUSBLICKE?!	
Bürger und Untertanen. Die postkoloniale Herausforderung der Migration in Europa	207
SANDRO MEZZADRA	
Aus der Perspektive der Migration. Die Kosmopolitisierung Europas	225
REGINA RÖMHILD	
Autorinnen und Autoren	239

Einleitungen

Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche Betrachtungen einer Debatte

SABINE HESS UND JOHANNES MOSER

Menschen mit Migrationshintergrund machen 19 Prozent der Gesamtbevölkerung aus: 10% haben die deutsche, 9% eine andere Staatsangehörigkeit.
(Statistische Arbeitsgrundlage des deutschen Städtetags)

Von Integrationsbarometern und Segregationsindizes

Wenn von Fragen der Migration und Einwanderung in Deutschland die Rede ist, dann seit einigen Jahren stets erweitert um den Zusatz »und Integration«. So lud Angela Merkel in den Jahren 2006 und 2007 zu »Integrationsgipfeln« nach Berlin, städtische und nationale Integrationspläne werden diskutiert und erlassen, in Zeitungen und im Fernsehen begegnet man Themenreihen zur »Integration«. Die *webpages* der großen Stiftungen der Wissenschaftsförderung sprechen die gleiche Sprache: Ob Robert-Bosch-Stiftung oder Volkswagen-Stiftung, die Förderprogramme zu Migration führen alle den Doppelausdruck »Migration und Integration« im Titel und tragen so schöne Namen wie »Besser integriert!« – ein Förderprogramm der Robert-Bosch-Stiftung, das ausschließlich auf Initiativen für türkische Einwanderer zugeschnitten ist. Der von acht Stiftungen jüngst ins Leben gerufene »Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration«, besetzt mit neun namhaften Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen (eine mit einem migrantischen Hintergrund), soll in erster Linie ein jährliches »Integrationsbarometer« erstellen. Es entsteht der Eindruck, dass Integration zunehmend zu einem Synonym für Migration wird. So tragen in Bayern wie auch auf Bundesebene die entspre-

chenden staatlichen Stellen prominent nicht Migration, sondern »Integration« im Namen. In der Hochphase der kontrovers geführten Debatte um die Integrationsgipfel in Berlin fragten wir uns, wie es zu einer solchen Begriffskarriere kommt, und begannen eine interdisziplinäre Gesprächsreihe in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut und den Münchner Kammerspielen zu konzipieren, auf der die vorliegende Edition basiert.

Dabei war die Hochkonjunktur des Integrationsbegriffs begleitet von einem einmal mehr, einmal weniger trauernden Abgesang auf die so genannte Ära des Multikulturalismus, einer Politik, die im Unterschied zu Ländern wie Kanada oder Neuseeland in Deutschland nicht die Zeit hatte, Verfassungsrang zu erlangen und zur Staatsideologie zu werden. Die Rede vom Scheitern des Multikulturalismus wurde medial unterfüttert von in katastrophischen Bildern inszenierten Berichten über »Parallelwelten«, »Ghettos«, »migrantische Jugendkriminalität« auf deutschen Schulhöfen – zu einem besonders herausgestellten »Fall« avancierte die Rütli-Schule im Berliner Bezirk Neukölln –, »Ehrenmorde« und »Zwangsehen«. Soziologen, Demografen und Stadtplaner redeten viel von großstädtischen Desintegrationsprozessen, »ethnischen Enklaven« und errechneten aufs Neue den »Segregationsindex«. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Neukölln brachte die politische Stimmung mit der Aussage auf den Punkt: »Die Familien sind zwar physisch hier, aber sie sind nicht in Mitteleuropa angekommen.« (Süddeutsche Zeitung vom 23. November 2007)

Ein solcher diskursiver und bilderreicher Kontext setzte die neu aufflammende Integrationsdebatte gleich von Anfang an auf eine kulturalistische, restriktive Schiene, auf der problemlos an die »Leitkultur«-Diskussion der 1990er Jahre angeknüpft werden konnte. Von den beiden unterschiedlichen Bedeutungsebenen, die den Begriff der Integration in seiner mindestens 40-jährigen Geschichte auszeichneten und wohl auch so attraktiv für Wissenschaft und Politik machten, blieb lediglich eine: Das Konzept reduzierte sich auf den Aspekt des »Forderns und Förderns«. So wurde insbesondere jene Ebene hegemonial und im Zuwanderungsgesetz von 2005 sowie in dessen Neufassung von 2007 rechtlich ausbuchstabiert, die unter Integration »kulturelle Integration« versteht (was sich insbesondere auf Sprache, Kultur und Geschichte bezieht) und dies als Sonderleistung von Migranten und Migrantinnen einfordert. Diese Ebene ist mit einer Thematisierungsweise von Migration gekoppelt, die als »Defizitansatz« beziehungsweise als Problemdiskurs hinlänglich beschrieben wurde (vgl. Lanz 2007). Die andere Ebene, die Integration als »Chancengleichheit« und »Partizipation« versteht, das heißt im Sinne sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Rechte auf Teilhabe, ist dagegen nur (mehr) marginal wahrzunehmen. So kippen selbst als modern und fortschrittlich zu bezeichnende Integrationskonzepte wie das des deutschen Städtetags und reduzieren sich auf die erste Ebene. Während Integration als »gleichberechtigte

Teilhabe in unterschiedlichen Bereichen« und als ein gegenseitiger Prozess bezeichnet wird, richtet sich die »Eingliederungs«-Forderung dann doch nur an die »Zuwanderungsbevölkerung«. Integrieren sollte die sich, und zwar in die »bestehenden Sozialstrukturen einer Aufnahmegesellschaft«, wobei die Aufnahmegesellschaft trotz der mehr als 50-jährigen Migrationsgeschichte der Nachkriegszeit ungebrochen mit der »deutschen Kultur und Geschichte« gleichgesetzt wird (vgl. Deutscher Städtetag 2007).

Die Hochkonjunktur des Integrationsbegriffs, so unser Eindruck, ist daher mehr als nur eine konjunkturelle Schwankung; sie bedeutet vielmehr einen Paradigmenwechsel, eine politische Zäsur im Denken, Handeln und Forschen, im wissenschaftlichen wie im politischen Umgang mit der Faktizität des Einwanderungslandes, was die hier versammelten Beiträge an verschiedenen Themen weiter ausloten. Als Kulturwissenschaftlerinnen, Migrationsforscherinnen, Kulturschaffende und -produzentinnen befremdete uns dieses Revival eines essentialistischen Kulturbegriffs, das eher desintegrierend *Wir* und die *Anderen*, die »Aufnahmegesellschaft« und die Einwandernden als homogene Kollektive zu definieren und fixieren versucht. Dabei sind wir in unserer täglichen Arbeit selbst ständig mit der Frage konfrontiert, wie sich der Status quo der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland adäquat beschreiben, diskutieren, analysieren und inszenieren lässt. Beziehungsweise mit deren Pendant, der Frage nämlich, wann man seinen »Migrationshintergrund« verliert – ein Neologismus, der zunächst begrifflich das Faktum der Einwanderungsgesellschaft beschreibbar machen sollte, jedoch die nicht-deutsche kulturelle und nationale Herkunft bis zum Nimmerleinstag kulturalistisch fortschreibt.

Während vor allem die Ethno-Wissenschaften in den 1970er und 1980er Jahren an der Popularisierung eines essentialistischen Kulturverständnisses und einer differenztheoretischen Thematisierungsweise von Migration maßgeblich beteiligt waren, haben sie in den letzten Jahrzehnten maßgeblich zur Kritik dieser Ansätze beigetragen, was sich jedoch nicht mit einer ebensolchen Geschwindigkeit in die öffentliche Debatte zu transferieren scheint (u.a. Welz 1994 und 1996; Kaschuba 1995; Römhild 1998; Schiffauer 2003). Nicht zuletzt durch kritische Strömungen des Postkolonialismus (Ha 1999; Mezzadra 2001), Feminismus (Castro Varela/Konuk 1995; Gutiérrez Rodríguez/Steyerl 2003) und rassismustheoretischer Ansätze (Bojadzije/Demirović 2002) evoziert, sind in den Sozial- und Kulturwissenschaften längst andere Beschreibungen der spätmodernen Einwanderungsgesellschaften entwickelt worden, die versuchen, die sie prägenden Durchmischungs- und Durchkreuzungsprozesse auf den Begriff zu bringen – dazu zählen Konzepte wie Hybridität (Hall 1994), Transnationalismus (Basch/Glick Schiller/Szantos Blanc 1994), Kosmopolitismus (Römhild 2007; Beck 2004) und Autonomie der Migration (Mezzadra 2005; Transit Migration Forschungsgruppe 2007). Im Hinblick auf diese Ansätze betitelten wir die Gesprächsreihe »No integrati-

on?!«¹ und schrieben: »Integrationsgipfel, Integrationsplan, Integrationskurse – Welche neuen Perspektiven und alternativen Ideen gibt es jenseits des Integrationsimperativs? Während die deutsche Politik wieder einmal in restriktiver Weise »Integration« von MigrantInnen verlangt, weisen Migrationsforscher international schon seit Langem darauf hin, dass die Bewegungen der Migration eine andere Perspektive einfordern ... Was wäre, wenn man die Kraft der Migration akzeptiert und neue post-nationale Bürgerschaftsrechte etabliert? Was geschieht, wenn sich Kulturinstitutionen und öffentliche Einrichtungen dem Intercultural-Mainstreaming öffnen?« (www.goethe.de/gespraech) Nach einem kleinen geschichtlichen Rückblick auf die Genese der Integrationsdebatte in Deutschland soll im Folgenden thesenhaft überlegt werden, wie eine kulturwissenschaftliche Migrationsforschung jenseits des Integrationsparadigmas aussehen könnte.

Genealogie eines Paradigmas

Die neue Konjunktur des Integrationsparadigmas in Forschung und öffentlicher Debatte sowie die derzeitige »Integrationspolitik« verleiten dazu, Integration als einen regulativen, herrschaftlichen Begriff zu lesen. Doch neuere Forschungsarbeiten, die die jüngere »Gastarbeitergeschichte« in Deutschland historisch aufarbeiten, demonstrieren, dass es zunächst die Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten der 1950er, 1960er und 1970er Jahre selbst waren, die »Integration« im Sinne von Teilhabechancen und -rechten forderten (vgl. Bojadzijeve 2008; Seibert 2008). Während die großen staatlichen, gewerkschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Akteure des »Anwerbeunternehmens« wie auch viele Migranten selbst noch auf das Prinzip Gastarbeit und Rotation setzten, vollzog sich bereits in den 1960er Jahren so etwas, das man »Beheimatung« oder »Selbsteingliederung« (Terkessidis 2001) nennen kann: in häufig von linken migrantischen Organisationen selbst organisierten Sprachkursen und durch die Forderung nach »Bildungsangeboten« (Crossing Munich 2008), durch die Suche und die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum, wie sie sich in den spektakulären Häuser- und Wohnungskämpfen im Frankfurter Westend und anderswo bemerkbar machten, in der Forderung nach einer Inklusion in das deutsche Sozialsystem, wie sie sich in der bundesweiten so genannten Kindergeldkampagne von 1973 artikuliert, in zahlreichen Arbeitsrechtskämpfen, von denen der Fordstreik in Köln ein berühmt gewordenes Beispiel darstellt, in der Forderung nach politischer Teilhabe, für die die Kampagne für ein kommunales Wahlrecht in den 1980er Jahren massenmobi-

1 Mit dem Titel »No integration?! Kulturpolitische Gespräche zu Fragen der Migration und Integration in Europa« lehnten wir uns an den Slogan »No integration!« des bundesweiten Netzwerks Kanak Attak an, der bereits 2003 für Kongresse in Berlin und Frankfurt geschaffen wurde.

lisierend war, und nicht zuletzt schon früh in Kampagnen, die das Zuzugs- und Aufenthaltsrecht betrafen, wie die bundesweiten Initiativen gegen die Heraufsetzung des Nachzuzugalters in den 1970er Jahren.² Insofern lesen historisch argumentierende Forschungsarbeiten, wie auch Manuela Bojadzije oder Birgit zur Nieden in ihren Beiträgen für diesen Band, Integration als Antwort auf die organisierten migrantischen Forderungen, die grundsätzliche Fragen des Lebens in der Migration betrafen, sowie als Reaktion auf die unzähligen, alltäglichen Praktiken der Selbsteingliederung. Dabei waren es größere Städte und Kommunen, die Anfang der 1970er Jahre begannen, »Integration« als eine stadtplanerische, sozialpolitische und pädagogische Aufgabe zu entwickeln und programmatisch auszuformulieren. In der ersten durch das gerade installierte Münchner Stadtplanungsamt erstellten so genannten »Problemstudie Ausländer« von 1972³ wird beispielsweise festgestellt: »Die Folgen der unzureichenden Versorgung und gesellschaftlichen Integration des ausländischen Bevölkerungsanteils zeigen sich in den Großstädten mit einer starken Konzentration von Ausländern. Es ist deshalb in erster Linie Sache der Großstädte, Zielvorstellungen zur Lösung der Ausländerfrage zu entwickeln« (Stadt München/Stadtentwicklungsreferat 1972: 193). So forderte auch der sozialdemokratische Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel bereits 1970 dazu auf, München als Einwanderungsstadt zu verstehen: »München ist [...] Einwandererstadt. Das mag manche erschrecken. Aber es ist die Wahrheit ...« (Vogel 1972: 320) Schon damals das Drohgespenst der Ghettobildung an die Wand malend, mahnte er im gleichen Atemzug an, Integrationspolitiken zu entwickeln (Süddeutsche Zeitung vom 3. März 1970). In seiner autobiografischen Rückschau schrieb Vogel: »Für das Einwanderungsproblem [...] läßt sich eine so schlüssige Lösung nicht ohne weiteres konzipieren. Hier stellt sich zunächst einmal eine Integrationsaufgabe, von deren Ausmaß wir wahrscheinlich alle noch keine zutreffende Vorstellung besitzen.« (Vogel 1972: 322) Bundespolitisch legte der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung und frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), 1979 eine Denkschrift über »Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bun-

2 In zahlreichen Interviews mit Migranten und Migrantinnen in München, die wir im Rahmen des interdisziplinären Forschungs- und Ausstellungsprojekts »Crossing Munich. Orte, Bilder und Debatten der Migration« 2008 machten, wurden uns jene Ereignisse als einschneidende Erfahrungen geschildert, die Anstoß waren für größere und kleinere Mobilisierungen.

3 Die Quellen zur Münchner Migrationsgeschichte gehen zurück auf die gemeinsamen Arbeiten im Rahmen des interdisziplinären Forschungs- und Ausstellungsprojekts »Crossing Munich. Orte, Bilder und Debatten der Migration« 2008/2009 und verdanken sich vor allem den Recherchen von Phillip Zölls.

desrepublik Deutschland« vor. Das so genannte Kühn-Memorandum⁴ ging davon aus, dass »eine nicht mehr umkehrbare Entwicklung eingetreten ist, und die Mehrzahl der Betroffenen nicht mehr einfach ›Gastarbeiter‹, sondern ›Einwanderer‹ sind, für die eine Rückkehr in ihre Herkunftsländer aus den verschiedensten Gründen nicht wieder in Betracht kommt.« Daher forderte Kühn: »Die unvermeidliche Anerkennung der faktischen Einwanderungssituation macht eine Abkehr von den Konzepten der Integration ›auf Zeit‹ erforderlich. An ihre Stelle muss ein Maßnahmenbündel treten, das den Bleibewilligen die Chance zu einer vorbehaltlosen und dauerhaften Eingliederung eröffnet.« (Kühn 1979)

Kühn scheiterte mit diesem sehr weit gehenden Eingeständnis und der politischen Forderung, staatliche Integrationspolitik zu betreiben, am Widerstand der Bundesregierung. Nach der Regierungsübernahme der CDU unter Helmut Kohl 1982 hielt man bis Anfang der 1990er Jahre am »politischen Nationalismus« fest, sah in der Einwanderung einen »Verzicht auf die Homogenität der Gesellschaft, die im wesentlichen durch die Zugehörigkeit zur deutschen Nation bestimmt wird« – wie es 1988 in der Begründung zum Gesetzentwurf für ein neues Ausländergesetz aus dem Innenministerium hieß – und tat in der Folge so, als sei Deutschland kein Einwanderungsland.

Doch auch der im bundesweiten Vergleich als innovativ zu bezeichnenden, sozialdemokratisch geprägten Münchner Migrations- als Integrationspolitik war bereits von Beginn an die regulative Hoffnung der Immobilisierung der Migrierenden sowie der Unterbindung des weiteren »Zuzugs« eingeschrieben, was Klaus Bade als das die deutsche »Ausländerpolitik« generell prägende »Defensiv-Dreieck von Integration, Zuzugsbegrenzung (aus Nicht-EG-Staaten) und Rückkehrförderung« beschrieb (Bade 1992: 52). Auch trug der Diskurs um die »Grenzen der Aufnahmefähigkeit« in München von Anfang an stark kulturalistische Züge, da er auf dem Bild eines homogenen, essentiellen, Kultur und Gesellschaft fassenden »Containers« gründete: »Nach den vorausgegangenen Überlegungen stellt sich die Frage, wie viele Ausländer München aufnehmen kann, ohne einerseits Eigenart und Personalität zu verlieren und ohne andererseits die Ausländer zu zwingen, mehr von ihrer kulturellen Tradition aufzugeben, als sie von sich aus bereit sind.« (Stadt München/Stadtentwicklungsreferat 1972: 191)

Der kommunale integrationspolitische Ansatz bekam durch das Erstarken der Multikulturalismus-Debatte in den 1980er Jahren, die zur Einrichtung

4 Das Memorandum enthielt zahlreiche Integrationsvorschläge – bis hin zum Optionsrecht auf Einbürgerung für in der Bundesrepublik geborene und aufgewachsene Jugendliche und zum kommunalen Wahlrecht für Ausländer, das nach langer publizistischer und politischer Diskussion in den 1980er Jahren schließlich Ende 1990 vom Bundesverfassungsgericht für grundgesetzwidrig erklärt wurde. Für EU-Bürger ist es jedoch eingeführt worden.

beispielsweise des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) in Frankfurt am Main führte, neue Nahrung – vor allem kam es zu einer Explosion wissenschaftlich produzierten Wissens über die »Anderen« und ihren kulturellen Background, der fortan als »Bereicherung«, aber auch als Integrations-Problem verstanden wurde (siehe kritisch hierzu Radtke 1994; Welz 1994). Dennoch stellte das multikulturalistische Paradigma zum ersten Mal in der jüngeren deutschen Einwanderungsgeschichte eine Abkehr von der Homogenitätsmaxime staatlicher Politik dar, indem es »kulturelle Vielfalt« positiv bewertete: »Es ging darum, einer ethnisch vielfältigen Gesellschaftsformation eine politische Gestalt zu geben, die die Gleichheit der Gesellschaftsmitglieder auf der Basis ihrer kulturellen Differenz zu organisieren vermag.« (Welz 2007: 223f.)

Auch wenn sich verschiedene konservative und liberale Strömungen innerhalb des Multikulturalismus entwickelten (vgl. Lanz 2007: 90ff.; Welz 2007), sollte sich die allen Konzepten gemeinsame Vorrangstellung der ethnisch-kulturellen Betrachtung und Konzeptualisierung von Migration als verhängnisvolle Zwangsjacke für MigrantInnen erweisen, wie Kien Nghi Ha in seinem Beitrag rekapituliert. Dies lag insbesondere an einem dem Multikulturalismus eingeschriebenen und popularisierten Kulturbegriff, der ein hoch problematisches, essentialistisches Verständnis von Kultur impliziert. So führte das multikulturalistische Paradigma in den Sozial- und Kulturwissenschaften, wie Werner Schiffauer, Franz-Olaf Radtke, Kien Nghi Ha und Birgit zur Nieden in ihren Beiträgen in diesem Band zeigen können, auf der Seite kommunalen Regierens zu einer verstärkten Kulturalisierung und Sozialpädagogisierung, wenn nicht gar zur Psychologisierung der »Migrationsfrage« – generell zu einer Desartikulation des Zusammenhangs von Einwanderung und einer Perspektive der Rechte. Ghassan Hage geht in seinem Beitrag noch einen Schritt weiter und demonstriert, wie die multikulturalistische Staatsdoktrin Australiens von Anfang an imprägniert war von assimilationistischen Narrativen. Dabei zeigt Hage an einem aktuellen progromartigen Übergriff auf libanesische Einwanderer, wie das, wie er es bezeichnet, multikulturell-assimilationistische Duo anschlussfähig ist für den gegenwärtigen globalen anti-muslimischen Rassismus.

Für Deutschland lässt sich vielleicht rückblickend die These aufstellen, dass fortschrittliche Versionen einer multikulturalistischen Politik auf nationaler Ebene bereits scheiterten, als sie mit der rot-grünen Bundesregierung eigentlich regierungsmehrheitlich wurden. Symbolkräftig ist die Abkehr von der Modernisierung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts, das als Herzstück der Selbstdefinition und -vergewisserung der Nation betrachtet wird, eine Abkehr, die durch die Unterschriftenkampagne der hessischen CDU unter ihrem Ministerpräsidenten Roland Koch gegen die so genannte doppelte Staatsbürgerschaft herbeigeführt wurde. Als die rot-grüne Koalition – teilwei-

se gegen obsoletere nationale Containervorstellungen des gesellschaftlichen Status quo – eine nachholende Modernisierung der Rechtslage im Einwanderungsland Deutschland anstrebte, wurde der Diskurs um »Leitkultur« und um einen nationalen Wertekonsens in der Öffentlichkeit immer dominanter und Integration im Sinne einer assimilationistischen Forderung neu buchstabiert. Dabei post-modernisierte sich der unter dem Imperativ der Assimilation stehende Integrations- und Wertediskurs, indem er das diskursive Terrain der Demokratie und Menschenrechte für sich entdeckte. Ein besonderes diskursives Austragungsfeld wurde in diesem Zusammenhang in den vergangenen Jahren die Frauengleichstellung, wie Esra Erdem in ihrem Beitrag kritisch ausführt. So bekommt man in regierungsamtlichen Stellungnahmen zu Zwangsheiraten und Ehrenmorden den Eindruck, als wären Frauengleichstellung und eine feministische Haltung gegen Gewalt traditionale Grundelemente der deutschen Kultur. Internationale Ereignisse wie der 11. September 2001 und der daraufhin ausgerufene *war against terror* sowie einzelne Situationen, deren mediales Echo ihnen zu nationaler Bedeutung verhalf, waren weitere Katalysatoren für eine Zunahme des anti-muslimischen Rassismus und für rigide Integrationsforderungen. Hier waren es vor allem die größeren Städte und Ballungsräume, die als Bühne für apokalyptische Dystopien gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse erhalten mussten. In diesem Zusammenhang können Vassilis Tsianos und Klaus Ronneberger wie auch Erol Yildiz in ihren Beiträgen demonstrieren, wie die Diskurse von Ghettos und Parallelgesellschaften als verräumlichte Spielarten des Integrationsparadigmas fungieren.

Die Aufnahme der Integrationsprogrammatik und ihre Ausdeutung als national-pädagogische Forderung und selektive Einwanderungs-Hürde⁵ im Zuwanderungsgesetz von 2005 und 2007 (durch Einbürgerungstest, verpflichtende Integrationskurse, Sprachkurspflicht bereits im Herkunftsland etc.) sowie im Nationalen Integrationsprogramm von 2007, wie sie Birgit zur Nieden und Serhat Karakayali in ihren Beiträgen beschreiben, repräsentieren in dieser Hinsicht den integrationspolitischen rigiden Zeitgeist. Dabei kann zur Nieden anhand der Entwicklungen der Sprachpolitik deutlich machen, wie die Integrationspolitik zu einem wesentlichen Moment einer höchst selektiven und hierarchisierenden postkolonialen Migrationssteuerung wird. So könnte man die Verschärfungen in der Gesetzesnovelle von 2007 dahingehend interpretieren, dass gewisse Migrierende aus dem postkolonialen Süden am besten schon vor der Zuwanderung in den deutschen Container »integriert« sein sollten, was einen verschärften sozialkulturellen Exklusionsmechanismus be-

5 »Integrationsbedarf« wird hier nur bei Menschen aus bestimmten Ländern gesehen – alle diese Länder liegen in den Armutsregionen des globalen Südens. Expatriates und ihre Familien sowie Migrierende aus den westlichen Industrienationen sind von den entsprechenden Integrationsanforderungen explizit ausgenommen.

schreibt, der an koloniale missionarische Praktiken und Politiken anknüpft, wie Ha darlegt. Karakayali schlägt dagegen in seiner Diskursanalyse des Nationalen Integrationsprogramms eher eine an den Ambivalenzen orientierte Lesart der neuen Konjunktur der Integrationsprogrammatis vor. Er interpretiert die politische Stoßrichtung der Integrationspolitiken als klassenrassistisch motivierte Normalisierungspolitik nach innen, als einen »Aufstand der Tüchtigen«, der migrantische Listen und Taktiken als deviante Alltagskulturen unter Kontrolle zu bringen versucht. Auch Stephan Lanz, der in seinem Beitrag die kommunale Diskursentwicklung in Berlin nachzeichnet, kann demonstrieren, welche unterschiedlichen Spielarten des Integrationskonzepts die Debatte bestimmen. Hierbei zeigt er, welche diskursiven höchst ambivalenten Effekte vor allem der neoliberal turn des Integrationskonzepts hat, welcher Integration in den aktivierenden Sozialstaat neu definiert.

Abschied vom Containermodell: Migration-Mainstreaming

Was bedeutet es nun, angesichts dieser neuen Hegemonien über Forschungsstrategien zum Thema »Migration« nachzudenken? Wissenschafts- und theoriepolitisch hat Ulrich Beck (2004) mit seiner kritischen Analyse des »methodologischen Nationalismus« disziplinenübergreifend die notwendigste aller Revision angedeutet. *Migrations-Mainstreaming* würde ich diese Operation nennen, die einen grundlegenden erkenntnistheoretischen Abschied von den im Containermodell von Kultur und Gesellschaft verankerten heuristischen Konzeptionen, Beschreibungsmodi und Fragestellungen bedeutet. Dabei haben gerade die Sozial- und Kulturwissenschaften mit einem folgenschweren Effekt der »nationalen Ontologie des Sozialen« zu brechen. Entgegen der bislang herrschenden normativen und normierenden Vorstellung einer homogenen Gesellschaft als Grundstein für ein friedliches Zusammenleben – Ausgangs- und Zielpunkt des Integrationsimperativs – ist von inneren sozialen und kulturellen Fragmentierungs- und nach außen reichenden Ausfransungsprozessen als einer gesellschaftlichen Grunddeterminante auszugehen, wie die Empirie nicht müde wird uns zu zeigen. Dabei sind es bei weitem nicht nur die so genannten ethnischen und nationalen kulturellen Unterschiede, die eher ein Bild sich überlagernder und ineinander zerfließender Teilchen als das monochrome Weiß-Grau der homogenen Gesellschaft nahelegen, wenn es darum gehen soll soziale Wirklichkeit abzubilden. Ganz abgesehen von der Bandbreite jugendkultureller Szenen und Stile, machen wir tagtäglich die Erfahrung feiner und mittlerweile auch wieder größerer sozialer Unterschiede, das betrifft Unterschiede von »Oben« und »Unten« ebenso wie unterschiedliche Lebensverläufe in Ost und West. Betrachtet man diese Differenzierungen, die dem Mythos des homogenen Gesellschaftscontainers grundlegend widerspre-

chen, ist von einer fundamentalen gesellschaftlichen Heterogenität und Konfliktualität auszugehen, eine Annahme, wie sie auch politikwissenschaftlichen Ansätzen wie dem Regulationsansatz zu Grunde liegt. Doch auch sozialkritische Ansätze, die die neue neoliberale Konfliktualität der Gesellschaften anvisieren, landen verstärkt bei Fragen nach nationaler gesellschaftlicher Kohäsion und Zusammenhalt, wie es beispielsweise Nina Glick Schiller erst kürzlich bei einem Vortrag in München kritisch anmerkte.⁶ Dies legt nahe, dass die Gesellschafts- und Kulturforschung eines anderen Vokabulars, anderer Perspektiven und Problematisierungen jenseits des methodologischen Nationalismus bedarf, um adäquat über die spätmodernen Einwanderungsgesellschaften nachzudenken, die nicht erst seit der neoliberalen Mobilisierung von Menschen, Gütern, Finanzen und Ideen an nationalstaatlichen Grenzziehungen keinen Halt mehr machen. Eine Möglichkeit, aus der Falle des methodologischen Nationalismus herauszukommen, ist, radikal die Perspektive der Migration, das heißt eines Lebens über nationalstaatliche Grenzen hinweg, einzunehmen, wie es die Beiträge in diesem Band versuchen.

Transnationalisierung der Kultur- und Gesellschaftsforschung

Eine solche Perspektive des *Migration-Mainstreaming* bedeutet eine Umkehrung des bislang die Migrationswissenschaft und -politik bestimmenden Integrationsparadigmas: Forderte das Containermodell Migrantinnen und Migranten auf, ohne Wenn und Aber von dem einen in den anderen, den deutschen »Container« zu springen, und verband dies mit der Loyalitäts- und Identitätsfrage, würde die Mainstreaming-Perspektive der Normalität von transnationalen Lebensvollzügen – eines Lebens quer zur nationalstaatlichen Grenzziehung – endlich Rechnung tragen. Dabei implizieren die Lebensentwürfe über mehrere Länder hinweg einen anderen Modus der »Selbst-Eingliederung« in Gesellschaften als es selbst liberale Vorstellungen eines Containermodells zulassen würden: geteilte, situative, thematisch wie auch strategisch variierende Aufmerksamkeiten, Zugehörigkeiten, Solidaritäten und Beheimatungen. Dabei stehen wir wissenschaftlich noch ganz am Anfang, uns den höchst unterschiedlichen, teils sehr komplizierten und ent-sagungsreichen, jedoch sinnigen transnationalen Lebenskonstruktionen analytisch zu nähern. Dies bedeutet auch, dass die Migrationsgeschichte unter dieser Perspektive neu geschrieben werden müsste. Eine so verstandene kultur- und sozialwissenschaftliche Migrations- und Einwanderungslandforschung

6 Nina Glick Schiller: »What Can a Transnational Perspective on Migration Contribute to Debates on Modern Citizenship, Religion, and Cosmopolitanism?« Vortrag am Center for Advanced Studies der Ludwig-Maximilians-Universität München am 5. November 2008.

würde dann auch andere Fragen und Aspekte des spätmodernen Lebens problematisieren, als es Integrationsstudien vornehmen: Nicht ethnische Gemeinschaftsbildungen und Integrationsgrade wären das Problem, sondern Fragen danach, wie diese neuen transnational beziehungsweise global praktizierten sozialen Bürgerschaften post-national konzeptualisiert und verrechtlicht werden könnten, wie es Sandro Mezzadra im Hinblick auf die Europäische Union und Thomas Seibert hinsichtlich der Kampagne für globale soziale Rechte in diesem Band diskutieren. Nicht nur sind die Bürgerrechte in einer sich globalisierenden mobilen Welt von der Staatsangehörigkeit abzukoppeln, sondern es sind auch soziale Infrastrukturen und Sicherheitssysteme zu entwickeln, die den Lebensprojekten in mehreren Ländern gerecht werden. Viele der Herkunftsländer sind dabei führend, neue innovative Modelle und Wege zu beschreiten, »ihre« Migranten auch in der Ferne als Bürger zu betrachten und Pendelexistenzen zu unterstützen, indem sie beispielsweise das Erbschaftsrecht, Versicherungen oder Medien-, Kommunikations- und Bildungsangebote auf Lebensprojekte in mehreren Ländern und fern des Herkunftslands ausrichten.

Denn Transnationalisierungsstudien zeigen, wie Migrantinnen und Migranten gerade heute, angesichts der neoliberalen Restrukturierungen und angesichts prekärer aufenthaltsrechtlicher Status, ihre transnationalen Netzwerke ausbauen und diese strategisch als Ressource nutzen (vgl. Pries 1997; Hess 2005a). Allein aufgrund der Tatsache, dass dauerhafte und damit auch sozial sichere Aufenthaltstitel angesichts der europäischen, auf hierarchisierte Inklusion setzenden Migrationspolitiken (siehe Mezzadra in diesem Band) fast nicht mehr zu bekommen sind, ist in Zukunft nicht vom Ende der Migration, sondern vielmehr von einer immer engeren transnationalen Verflechtung auszugehen – zumal wenn selbst bei migrantischen Gelegenheitsjobs in Westeuropa die »Gewinnspanne«, das Mehr im Vergleich zu den erzielbaren Einkommen etwa in der Ukraine oder auf den Philippinen, immer noch so hoch ist, dass mit dem Geld zu Hause beispielsweise eine gute Schulausbildung für die Kinder finanziert werden kann. In diesem Sinne verwehren die Einwanderungsländer ihren neuen Migranten gezielt die geforderte Integration und legen sie auf ein Leben im Transit und zwischen mehreren Ländern fest: Das neue Subproletariat ist global mobil (Hess 2005b). Neueste Debatten auf der Ebene der Europäischen Union, was die Einführung von Programmen zur Förderung der »zirkulären Migration« angeht, zeigen, dass bereits die politisch-regulativen Akteure darüber nachdenken, wie die Taktiken und Praktiken unter Kontrolle gebracht und produktiv gemacht werden können. Dieser Aspekt mahnt jedoch die neu erstarkenden *mobility studies*, nicht wieder das hohe Lied der Mobilität anzustimmen, sondern die lokalen Kontextbedingungen nicht aus den Augen zu verlieren.

Dies bedeutet, auch wenn die Perspektive des Migration-Mainstreaming die transnationalen Wege, Lebensvollzüge und Problemstellungen in den Blick nimmt, sollte sie dies keineswegs ortsvergessen, sozial blind oder relativistisch werden lassen. Vielmehr ist die Perspektive der Transnationalisierung radikal an den Perspektiven der Migration orientiert. So stellt sich die Frage nach den Bedingungen, Praktiken und Deutungen der Zugehörigkeit und Partizipation an den materiellen, kulturellen und ideellen Gütern des Wohnumfelds, der Freizeitlandschaft, am Arbeitsmarkt, Bildungs- und Gesundheitswesen neu. Denn die Perspektive hat zum einen in Rechnung zu stellen, dass der soziale Raum, soziale Erfahrungen und Positionierungen um transnationale Dimensionen zu erweitern sind. Was aus einer deutschen Perspektive nach Entbehrung aussieht, wie beispielsweise das Leben unter Bedingungen der Illegalität, kann an anderer Stelle in Ansehen verwandelt werden. Zugleich jedoch ist es gerade die migrantische Wohnbevölkerung, die von Prekarisierung und neuen Kontrolltechnologien überproportional erfasst ist. Doch derartige Fragen nach der neuen Konstitution des Sozialen sind nur mehr aus einer post-nationalen, transnationalen Perspektive sinnvoll zu stellen und zu analysieren. Im Kontext des transnationalen Zugangs, den insbesondere die internationale Sozial- und Kulturanthropologie wie auch die Sozialgeografie entwickelt und vorangetrieben haben, sind nicht nur zahlreiche empirische, ethnografische Forschungen entstanden. In diesem Kontext wurden zudem neue methodische Zugänge und Forschungsdesigns entwickelt (vgl. Marcus 1995; Burawoy 2000), die versuchen, auf der forschungspraktischen Ebene die gesellschaftlichen Entwicklungen überhaupt adäquat in den Blick zu bekommen. In diesem Sinne stellt die Migration-Mainstreaming-Perspektive, die einen transnationalen Ansatz nahelegt, die wissenschaftliche Praxis der Wissensproduktion auf all ihren Ebenen infrage.

Ein anderes Vokabular ist nötig und möglich

Bereits 2001 betitelte die schwedisch-kroatische Kulturanthropologin Maja Povržanović Frykman einen Sammelband über migrantische transnationale soziale Räume zwischen Schweden und dem Balkan, Dänemark und Asien oder Deutschland und der Türkei *Beyond Integration* (2001). Der vorliegende Band versucht diesen Faden aufzunehmen und zum einen eine interdisziplinäre Kritik am Integrationsparadigma zu entwickeln, zum anderen Wege aus der Integrationsfalle des methodologischen Nationalismus zu erproben. Dabei zeigte bereits die Vielstimmigkeit und Dialogizität der Gesprächsreihe »No integration?!« wie auch ihr Austragungsort – die angenehmen Räume der Münchner Kammerspiele –, dass dieser Suchprozess nur interdisziplinär gelingen kann und es viele Antworten und sehr unterschiedliche Gehversuche gibt. Insofern haben wir auch kein konsensuales Vorwort geschrieben, son-

dem wollten die verschiedenen beteiligten Stimmen mit ihren unterschiedlichen Positionierungen und Zielgruppen auch in dem Sammelband transparent halten. Dank gebührt zudem der Allianz Kulturstiftung wie auch der Hörfunkabteilung des Bayerischen Rundfunks für ihre finanzielle Unterstützung, sowie den zahlreichen Beraterinnen und Mitarbeiterinnen an den verschiedenen Produktionen der Reihe (www.goethe.de/gespraech).

Literatur

- Bade, Klaus (1992): »Ausländer- und Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Grundprobleme und Entwicklungslinien.« In: Einwanderungsland Deutschland. Bisherige Ausländer- und Asylpolitik. Bonn, S. 51-68. Verfügbar: <http://library.fes.de/fulltext/asfo/01011002.htm> (15.11.2008).
- Basch, Linda G./Schiller, Nina Glick/Szanton Blanc, Cristina (1994): Nations unbound. Transnational Projects, Postcolonial Predicaments, and Deterritorialized Nation-States. Amsterdam.
- Beck, Ulrich (2004): Der Kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden. Frankfurt a.M.
- Bojadzije, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und die Kämpfe der Migration. Münster.
- Bojadzije, Manuela/Demirović, Alex (Hg. 2002): Konjunkturen des Rassismus. Münster.
- Burawoy, Michael (2000): »Introduction: Reaching for the Global.« In: Ders./Blum, Joseph A./George, Sheba et al. (Hg.): Global Ethnography. Forces, Connections, and Imaginations in a Postmodern World. Berkley/Los Angeles/London, S. 1-40.
- Castro Varela, Maria do Mar/Konuk, Kader (1995): »Die andere Frau (wider) spricht.« In: beiträge zur feministischen theorie & praxis 40, S. 25-32.
- Crossing. Munich (2008): Crossing. Munich. Orte, Bilder und Debatten der Migration in München. Verfügbar: <http://www.melt-europe.eu/project-crossing-munich.html> (15.11.2008).
- Deutscher Städtetag (2007): Integration von Zuwanderereren. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis in den Städten. Verfügbar: <http://www.staedte-tag.de/imperia/md/content/schwerpunkte/fachinfos/2007/22.pdf> (15.11.2008).
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Steyerl, Hito (Hg. 2003): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster.
- Ha, Kien Nghi (1999): Ethnizität und Migration. Münster.
- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Übers. v. Ulrich Mehlem et al. Hamburg.

- Hess, Sabine (2005a): Globalisierte Hausarbeit. Au-Pair als Migrationsstrategie von Frauen aus Osteuropa. Wiesbaden.
- Hess, Sabine (2005b): »Transnationale Räume. Widerständige soziale Sphären oder neue Form der Zurichtung globaler Arbeitskraft.« In: Prokla: Weltmarkt für Arbeitskräfte 97/98, 151-171.
- Kaschuba, Wolfgang (1995): »Kulturalismus. Vom Verschwinden des Sozialen im gesellschaftlichen Diskurs.« In: Ders. (Hg.): Kulturen – Identitäten – Diskurse. Perspektiven Europäischer Ethnologie. Berlin, S. 11-30.
- Kühn, Heinz (1979): Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung. Bonn.
- Lanz, Stephan (2007): Berlin aufgemischt: abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt. Bielefeld.
- Marcus, George E. (1995): »Ethnography in/of the World System. The Emergence of Multi-Sited Ethnography.« In: Annual Review of Anthropology 24, S. 95-117.
- Mezzadra, Sandro (2001): »Nach dem Kolonialismus. Migration, Bürgerrechte, Globalisierung.« In: Atzert, Thomas/Müller, Jost (Hg.): Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Münster: Westfälisches Dampfboot 2004, S.218-237. (Orig.: »Dopo le coloie, il mondo.« In: Diritto di fuga. Verona: Ombre Corte, S. 93-120.)
- Mezzadra, Sandro (2005): »Lo sguardo dell'autonomia/Der Blick der Autonomie.« In: Kölnischer Kunstverein et al. (Hg.): Projekt Migration. Köln, S. 26-29/794-795.
- Povrzanović Frykman; Maja (2001): Beyond Integration. Challenges of Belonging in Diaspora and Exile. Lund.
- Pries, Ludger (1997): »Neue Migration im transnationalen Raum.« In: Ders. (Hg.): Transnationale Migration. Soziale Welt. Sonderband 12. Baden-Baden, S. 15-46.
- Radtke, Frank-Olaf (1994): »Multikulturalismus – ein postmoderner Nachfahre des Nationalismus?« In: Ostendorf, Berndt (Hg.): Multikulturelle Gesellschaft: Modell Amerika? München, S. 229-235.
- Römhild, Regina (1998): Die Macht des Ethnischen. Grenzfall Russlanddeutsche. Perspektiven einer politischen Anthropologie. Frankfurt a.M..
- Römhild, Regina (2007): »Alte Träume, neue Praktiken. Migration und Kosmopolitismus.« In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld, S. 211-228.
- Schiffauer, Werner (2003): Migration und kulturelle Differenz. Studien für das Büro der Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin. Berlin.

- Seibert, Nils (2008): Vergessene Proteste. Internationalismus und Antirassismus. Münster.
- Stadt München/Stadtentwicklungsreferat (1972): Kommunalpolitische Aspekte des wachsenden ausländischen Bevölkerungsteils in München. Problemstudie. München.
- Terkessidis, Mark (2001): »Symbol Ausländer.« In: Die Tageszeitung vom 12. Januar.
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld.
- Vogel, Hans-Jochen (1972): Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre. Ein Erlebnisbericht. München.
- Welz, Gisela (1994): »Die soziale Organisation kultureller Unterschiede.« In: Berding, Helmut (Hg.): Nationales Bewusstsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit. Bd. 2. Frankfurt a.M., S. 66-81.
- Welz, Gisela (1996): Inszenierungen kultureller Vielfalt. Frankfurt a.M. und New York City. Berlin.
- Welz, Gisela (2007): »Inszenierungen der Multikulturalität: Paraden und Festivals als Forschungsgegenstände.« In: Schmidt-Lauber, Brigitta (Hg.): Ethnizität und Migration. Einführung in Wissenschaft und Arbeitsfelder. Berlin, S. 221-234.

Theater als Parallelgesellschaft?

Über das Verhältnis von Theater und Migration

BJÖRN BICKER

Die Münchner Kammerspiele begreifen sich als ein Theater, das mitten in der Stadt einen Ort bietet, an dem gesellschaftlich und politisch relevante Themen auf künstlerische und diskursive Weise verhandelt werden. Der Versuch, die Arbeit thematisch zu konzentrieren, um damit wichtige Veränderungen der Gesellschaft sichtbar, deutbar und vor allem verhandelbar zu machen, hat in den letzten Jahren der Intendanz von Frank Baumbauer dazu geführt, dem jährlichen Spielplan ein Motto voranzustellen. Das Publikum hat die Chance, die Arbeit des Hauses vor dieser Folie zu lesen und zu interpretieren. Es ergeben sich Zusammenhänge zwischen den einzelnen Projekten, Inszenierungen und Zusatzveranstaltungen. Es entsteht ein weit verzweigtes Netz an Thesen und Spekulationen. Ausgehend von der Beschäftigung mit der christlich-jüdischen Überlieferung der Zehn Gebote, über die Erfindung des elften Gebots »Du sollst nicht sparen!« bis hin zu dem hybrid-verzweifelten Ausruf »Fürchtet Euch nicht!«, landete alle Beschäftigung, sei es die Untersuchung unserer ökonomischen Zustände und Wünsche, sei es die Infragestellung des wunschlos unglücklichen Biedersinns einer verängstigten Gesellschaft, immer wieder bei diesem einen Thema: Migration. Egal ob man über Ökonomie, Religion, Gerechtigkeit oder Zukunftsperspektiven nachdenkt, man kommt nicht umhin, Deutschland als ein Land zu begreifen, das die letzten Jahrzehnte geprägt wurde von Migration und Globalisierung. Also war es geradezu zwangsläufig, dass dieses große Thema in der Spielzeit 2007/2008 zum beherrschenden Gegenstand der künstlerischen Arbeit wurde. Der Versuch, die lähmende Unschlüssigkeit dieser Gesellschaft, ob man nun ein Einwanderungsland sein möchte oder nicht, der Versuch, diesen Zwiespalt zwischen der mächtigen Autonomie der Migration und dem alten Glauben an die Reinheit deutscher Kultur und Sitte in einen Slogan zu fassen, bündelte sich in einem Spruch, der, je nach Kontext, sowohl den dumpfen Angstreflex als auch die

lustvolle Freude in Anbetracht unserer multikulturellen Realität auszudrücken vermochte: »Da kann ja jeder kommen!«

Nähert man sich dem Thema »Migration« vom Theater aus, dann kann man zwei Bereiche beschreiben, die aufs engste miteinander verwoben sind. Als gemeinsames Phänomen betrachtet, stellen sie das Theater in seinem *Statu quo* radikal in Frage: Das berührt zum einen die Frage nach den Inhalten und den damit verbundenen Formen und zum anderen den Ist-Zustand der Institution Stadttheater als einer bürgerlichen Kulturinstitution im Zentrum unseres kulturellen Lebens.

Ein Spielplan wird gemacht

Die Dramaturginnen und Dramaturgen des Theaters stellen fest, dass der Kanon der europäischen Literaturgeschichte, denn darauf bezieht sich in der Regel die Suchbewegung, eine Menge Stücke, Stoffe, Romane, Erzählungen und Filme bereithält, die sich im engeren und weiteren Sinne mit »Migration« befassen. Natürlich wird die Ödipus-Geschichte zu einem großen und bewegenden Drama einer Wanderung, wenn man sie unter dieser Perspektive neu liest, selbstverständlich reizt Shakespeares *Sturm* dazu, Bildwelten von Überfahrt, Emigration und kolonialistischer Praxis zu erfinden. Das Thema »Migration« jedenfalls ist der abendländischen Tradition von Anbeginn eingeschrieben. Man könnte also die Liste der Belege noch viel zahlreicher bestücken, doch beschleicht einen bald die bange Frage, ob diese Versuche der Literatur wohl ausreichen, um in befriedigender Weise etwas über unsere heutige Wirklichkeit zu erzählen. Zwar lohnt sich der Blick in die großen Texte der Überlieferung allemal – das hat schließlich die Aufführungspraxis bewiesen – doch sucht man weiter nach mehr Konkretion, nach mehr spezieller Komplexität; man sucht nach dramatischen, erzählerischen oder filmischen Ansätzen, die über das Erzählen von gemeinschaftsstiftenden Mythen hinaus aus der eigenen Zeit stammen oder zumindest an diese heranreichen und die, quasi auf dem breiten Rücken dieser großen Geschichten hockend, davon berichten, unter welchen Bedingungen, mit welchen Fallstricken, Machtverhältnissen, Perspektiven und Tragödien die heutige Gesellschaft zu kämpfen hat. Bei dem zunächst unverdächtigen Wort »Gesellschaft« setzt sich das Problem fort: Von welcher Gesellschaft sprechen wir? Jede dritte Lebensgeschichte in München ist mittlerweile eine von Migration geprägte Lebensgeschichte. Wenn wir von Gesellschaft sprechen, dann müssen wir eigentlich immer von Weltgesellschaft sprechen, denn die nationalstaatlichen Grenzen lassen sich in der Rede über die Verhältnisse in unserem Land, unserer Stadt, unserem Theater nicht mehr aufrecht erhalten. Man sucht Stoffe in Dramen, Filmen und Romanen, die die Phänomene Migration, Flucht und Globalisierung sowie die aus ihnen erwachsenden Folgefragen, wie die nach der neu zu kreierenden

kulturellen, religiösen und politischen Identität, entweder ganz heutig, wie Orhan Pamuks *Schnee* oder Lukas Moodyssons Film *Lilja 4-ever*, verhandeln oder mit einer moderaten historischen Distanz, wie Joseph Roths Roman *Hiob*. Man möchte den Fundus des kulturellen Gedächtnisses um Geschichten und Formen von heute erweitern, um somit das Theater als Ort der Aktualität im Sinne des aktiven Erinnerens zu behaupten.

Das Ungenügen der Institution

Man bereitet solche Stoffe für die Bühne auf, Aufführungen entstehen, die Auseinandersetzung mit den skizzierten Fragen wird in Gang gesetzt. Inszenierte Diskurse wie die Gesprächsreihe *No integration?!*, von der dieses Buch zeugt, begleiten die Aufführungen; und doch bleibt ein Zweifel, ein Ungenügen über das man nicht hinwegsehen kann. Ist man überhaupt kompetent genug, um derart über Migration und Einwanderung zu erzählen, dass man eben nicht genau die Machtverhältnisse reproduziert, die dazu geführt haben, dass sich Deutschland so schwer damit tut, ein modernes Einwanderungsland zu sein? Beim Blick auf die Zusammensetzung des Ensembles, des gesamten künstlerischen Personals und nicht zuletzt unseres Publikums muss man feststellen, dass die meisten Theater genau zu jenen meinungsbildenden Institutionen gehören, die sich bisher, zumindest personell und strukturell, kaum geöffnet haben für die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten. Ja mehr noch, das Theater scheint in seiner bildungsbürgerlichen Beharrlichkeit und seiner Fixierung auf die Reinhaltung des Konstrukts deutscher Bühnensprache genau der Ort zu sein, an dem man erleben kann, wie sich Integration, von einem kulturellen Machtzentrum aus postuliert, als äußerst kompliziertes, wenn nicht sogar unmögliches Unterfangen darstellt. Solange man davon ausgeht, der Andere habe sich dem Eigenen schlichtweg anzupassen, und man nicht bereit ist, das Eigene in Frage zu stellen und notwendiger Veränderung auszusetzen, solange kann Integration nur misslingen. Ähnlich wie in der politischen Debatte um Integration, stellt auch das Theater ganz klare Forderungen auf, die erfüllt werden müssen, damit der Eintritt in die Praxis, sei es als Zuschauer, sei es als produzierender Künstler, möglich wird. Im Bereich der technischen Angestellten sieht das anders aus: Dort ist der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund wesentlich höher. Erst langsam finden junge Menschen aus Einwandererfamilien trotz enormer Hürden (komplizierte und kulturell einseitige Aufnahmeverfahren) den Weg an Schauspielschulen. Bei Theaterregisseuren, Bühnenbildnern, Autoren oder Dramaturgen ist die Zahl derer, die nicht deutscher Herkunft sind, verschwindend gering. Es scheinen wesentlich attraktivere künstlerische Betätigungsfelder zu locken: Film, Musik, Bildende Kunst. Zu sehr erscheint das Theater als Bollwerk deutscher Kultur, das ein hohes Maß an Selbstaufgabe von denjenigen ver-

langt, die Zutritt wünschen. Umgekehrt hätte die aktive Öffnung der Theater weitreichende Konsequenzen. Würde sich die kulturelle Erwartungshaltung des Publikums verändern, müsste man auch in anderer Art und Weise über Spielpläne nachdenken. Der literarische Kanon der Vorlagen müsste sich erweitern und modifizieren. Es müsste neu ausgehandelt werden, auf welche gemeinsame Tradition man sich beziehen will, kann und soll. Es könnte sein, dass das Primat der reinen deutschen (Bühnen-)Sprache nicht mehr allzu lange aufrechterhalten werden könnte. Durch die Arbeit migrantischer Künstlerinnen und Künstler würde sich zwangsläufig auch die Formensprache der Aufführungspraxis an unseren Theatern verändern. Kurzum: Lieb gewonnene Errungenschaften heimeliger kultureller Unterhaltung und Selbstvergewisserung müssten aufgegeben werden. Eine neue, vielleicht noch nicht absehbare Form des Theatermachens könnte dabei entstehen. Dies ist in Analogie zu sehen zu den Integrationsdebatten auf politischer Ebene. Wenn ich selbst nicht bereit bin, auf denjenigen zuzugehen, mit dem ich zusammenleben soll, dann wird Integration immer einseitige Kolonialisierung bedeuten. Wenn ich immer nur Eintrittsgelder verlange, anstatt ernst gemeinte Einladungen auszusprechen, um mich dann in der Begegnung auch selbst in Frage zu stellen und gespannt darauf bin, welche neue Form der künstlerischen Praxis entsteht, dann wird die demografische Entwicklung Institutionen wie die Münchner Kammerspiele irgendwann radikal in Frage stellen. In einer Stadt wie München, in der auf absehbare Zeit der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund fast die Hälfte der Bevölkerung ausmachen wird, ist es nicht einzusehen, warum eine Institution wie die Münchner Kammerspiele auf Dauer einer kleinen, elitären Schicht deutschstämmiger Zuschauer vorbehalten bleiben sollte. Das mag klingen wie das Horrorszenario drohender Verteilungskämpfe, ist aber in Wirklichkeit bereits Teil städtischer Wirklichkeit. Die politischen Anfragen nach den Bemühungen der Kulturinstitute um migrantisches Publikum werden nicht weniger. Im Gegenteil. Es wäre nur gut, wenn die Theater in Zukunft den leider oft zu kurz gedachten und auf rasche Wirkung abzielenden Forderungen der Politik mit weitreichenden und auf Nachhaltigkeit abzielenden Vorschlägen voraus wären.

Die Möglichkeit der Veränderung

Die Bemühungen, die man anstellen muss, um sich aktiv und lustvoll aus dem beschriebenen Dilemma zu befreien, und das Theater angstfrei solchen Veränderungen zu überantworten, sind relativ klar zu benennen. Natürlich muss man die Ausbildungen zu Theaterberufen verändern. Man muss sich überlegen, wie man die eigene Kunstform attraktiv macht für Menschen, von deren kulturellem Potenzial man gerne profitieren würde. Das liegt nicht immer unbedingt im Einflussbereich der Theater. Das beginnt natürlich bei weitrei-

chenden bildungspolitischen Entscheidungen. Aber vielleicht ist es sinnvoll, ähnlich den erfolgreichen Maßnahmen des *gender mainstreaming*, auch hier über Quoten und andere Fakten und Bewusstsein schaffende Aktionen nachzudenken. Im Theater ist es zunächst angezeigt, um nicht gelähmt in der jetzigen Situation zu verharren, nach Formen und Inhalten zu suchen, die es auch einem nicht ausschließlich deutsch und bildungsbürgerlich sozialisierten Publikum ermöglichen, Anschluss und Teilhabe zu finden an die kulturelle Praxis der Theater; vorausgesetzt, dass dies gewünscht ist. Neben den wichtigen, oben beschriebenen Bemühungen, das Theater und sein Publikum durch Stück- und Stoffwahl für die veränderte gesellschaftliche Situation zu sensibilisieren, kann man auch innerhalb der bestehenden Strukturen damit beginnen, die Ressource »Stadtheater« mit Leuten zu teilen, die normalerweise nicht dorthin finden. Bei dem Festival *Doing Identity – Bastard München*, das wir in der Spielzeit 2007/2008 veranstaltet haben, wurde der Versuch gestartet, am Thema der komplizierten Identitätsbildung in einer multikulturellen Stadt Formen und Inhalte zu entwickeln, die die klassische Form der Repräsentation, die das bürgerliche Theater nach wie vor dominiert, verlassen und ihr andere Formen der Teilhabe entgegensetzen.

Migration repräsentieren

Das Projekt *FLUCHTEN* zum Beispiel, das für jenes Festival entwickelt wurde, basierte auf einer einfachen Versuchsanordnung. Menschen, die qua Biografie Erfahrungen mit Flucht gemacht haben, sitzen auf der Bühne und erzählen von ihren Erfahrungen, die zuvor durch Interviews der Regisseurin Christine Umpfenbach destilliert und zum öffentlichen Sprechen aufbereitet wurden. Zu dieser Gruppe von Menschen gehörten Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und Serbien, zwei nigerianische Asylbewerber, eine junge Frau aus Ugurien, eine persische Psychotherapeutin, eine deutsche Beamtin der Münchner Ausländerbehörde und ein Kriminalbeamter, dessen Beruf es ist, Scheinehen aufzudecken. Der Clou der Aufführung bestand darin, dass die einzelnen Teilnehmer nicht ihre eigene Geschichte erzählten, sondern die Identität des Anderen annahmen und die Geschichten ihres Mitspielers in Ich-Form berichteten. So kam es dazu, dass die junge Beamtin, die aus Ostdeutschland nach München emigriert war, plötzlich ihre Fluchtgeschichte aus Nigeria berichtete, die iranische Psychotherapeutin davon erzählte, dass sie als nigerianischer Biologe Schwierigkeiten hat, die deutschen Frauen zu verstehen, der deutsche Kriminalbeamte von seinen Erfahrungen mit der Illegalität als serbischer Kriegsflüchtling berichtete und der junge Serbe erläuterte, nach welchen Kriterien er Scheinehen aufdeckt. Durch diesen einfachen Identitäten-Tausch der Laiendarsteller war plötzlich eine Grundvereinbarung des bürgerlichen Theaters, nämlich das der Repräsentation, in Kraft gesetzt und

zugleich einer neuen Bedeutung zugeführt. Der emphatische Akt des Identitäten-Tauschs machte das Theaterspielen zu einem enorm politischen Vorgang. Das gleichberechtigte Sich-Hineinversetzen in die Perspektive des Anderen wurde zur spielerischen Auseinandersetzung mit dem, was auch Integration bedeuten könnte. Stoff und Form dieser Aufführung waren das Ergebnis gemeinsamer Suche und Anstrengung. Auf einmal wurde das Theater der Ort, an dem nicht über die Leute verhandelt wurde, sondern mit den Leuten gemeinsam über die Bedingungen multikultureller Gesellschaft. Das Theater war Raum künstlerischer Anstrengung und zugleich Ort expliziter, politischer Einflussnahme und Veränderung. Dieses Projekt ist nur ein Beispiel von vielen, das verdeutlicht, dass die Öffnung der Theater für die Themen »Integration« und »Migration« nicht nur auf thematischer, sondern auch auf struktureller Ebene letztlich nur über Teilhabe funktioniert. Diese muss mittelfristig von den Theatern und den Ausbildungsinstituten gewährleistet werden. Vor der Teilhabe steht jedoch die Öffnung. Es muss allen Beteiligten klar sein, dass es nur funktionieren kann, wenn auch die Theater bereit sind, ihren über die Jahrhunderte entwickelten Fundus an Stoffen, Formen und Ritualen gemeinsam mit denen zu verändern, die bisher von dieser Institution unfreiwillig ausgeschlossen waren. Dass solche Vorgänge nicht zu unterschätzenden Trennungsschmerz mit sich bringen, steht zu befürchten, scheint aber unvermeidbar, wenn man nicht will, dass die Theater zur verstaubten und rückständigen Parallelgesellschaft starrer kultureller Tradition werden.

Akzeptiert man, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist, dann muss man die Frage danach, was unsere Kultur ist, in einem dynamischen, nicht enden wollenden Prozess neu beschreiben, aushandeln und erstreiten. Am Ende steht die Normalität der Migration: Die Herkunft der Darsteller und des Publikums verliert ihre trennende Funktion. Aber davon sind wir noch weit entfernt. Neben den notwendigen Versuchen, Theater *über* Migration und ihre Geschichten zu machen und Theater als einen Ort künstlerisch-politischer Praxis zu betrachten, bleibt die Aufgabe, Formen der Repräsentation zu finden, mit denen man das Thema sinnvoll darstellen kann, ohne dabei zur voyeuristischen Migrations- und Diversity-Peepshow zu werden. Hinter dieser Formensuche steckt eine ganz grundsätzliche Fragestellung: Wie wollen wir unser Theater in Zukunft begreifen? Als Ort des spielerischen, politischen und offenen Diskurses oder als Ort des Gedenkens und Distanzierens? Soll das Theater zum Forum multikultureller Vernetzung und Grenzüberschreitung werden oder zur bewahrenden Parallelgesellschaft deutschstämmiger, bürgerlicher Tradition?

Auch im grundsätzlichen Sinne dieser Fragestellungen war die Gesprächsreihe *No Integration?! wichtige Irritation und Anregung der künstlerischen Arbeit an den Münchner Kammerspielen und sicher eine inspirierende Wegweisung für unser Publikum. Davon zeugt diese Publikation.*